Südlohn Grün

Zeitung der grünen Fraktion Südlohn und Oeding

Ausgabe 2011

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Biogasanlage in Südlohn verhindert!

Wir können endlich aufatmen, denn dies ist Vergangenheit, wenngleich nun Velener das Problem am Hals haben. Bei der Nachbetrachtung der Abläufe, kann man noch immer den Kopf schütteln, wenn es um die Frage geht, wer denn da über Jahre mit der Entwicklung hinter dem Berg gehalten hat. Fest steht, dass der damalige Bürgermeister incl. Teile der Verwaltung bereits viel früher informiert waren, was denn dort geplant war. Sie haben geraume Zeit aktiv an der Weiterentwicklung der Pläne mitgewirkt. Doch man traf – nachdem die BI in Südlohn binnen kürzester Zeit fast 3000 Unterschriften und dies überwiegend in Südlohn – nur ahnungslose CDU-ler. Selbst der jetzige Bürgermeister und damalige Ortsvereinsvorsitzender dieser CDU hat öffentlich kundgetan, erst aus der Zeitung von der Planung erfahren zu haben. Entweder wurde dort schlichtweg gelogen oder in der Partei wusste die Rechte nicht was die Linke tat.
Doch das ist Schnee von gestern.

Wir möchten hier noch einmal ausdrücklich die tolle Arbeit der BI in den Vordergrund rücken. Denn bei den mächtigen Interessenvertretern, ob im Landtag, im Bundestag oder im Kreis oder der Bezirksregierung, wäre es wahrscheinlich nicht zum Kippen der Pläne gekommen, bei allen sachlichen Argumenten, die gegen eine solche Anlage sprechen, egal wo sie denn entsteht.
Hier noch einmal einige dieser Argumente:
1. Das Westmünsterland und hier allen voran der Kreis Borken ist flächenmäßig von der Landwirtschaft restlos ausgepowert. Die Maismonolandschaft hat einen so hohen Anteil an der Fläche, dass wir flächendeckend im Sommer durch Maisalleen ohne Ende fahren. Ein Blick in die Landschaft ist dort für den Erholungssuchenden nicht mehr möglich.
2. Durch das Verschwinden von immer mehr Grünland, besonders von Wiesen, wird Flora und Fauna nachhaltig verändert. So verschwinden Kiebitze und Feldlärchen nach und nach aus dem Raum. Beide Vogelarten sind in dieser Gegend bereits eine echte Rarität.
3. Der Flächenverbrauch für den Bau neuer Mastställe ist exorbitant. Da ist es echte Augenwischerei, wenn man von einer Region in der Balance redet. Wenn dann noch eine freiwillige Vereinbarung zwischen Politik und Landwirtschaft mit dem Ziel getroffen werden soll, den Flächenverbrauch bürgerfreundlicher zu gestalten, dann ist es blauäugig zu glauben, dass sich da Entscheidendes ändert, zumal die gesetzliche Privilegierung von landwirtschaftlich genutzten Gebäuden in den Außenbereichen festgeschrieben ist und CDU und FDP in Berlin eine Änderung ablehnen.
4. Diese Biogasanlage führt zu einer Flächenentkoppelung der in diese Anlage gelieferten Gülle. Die Folge ist nicht – wie man uns weis machen will – die Lösung des Gülleüberschussproblems, sondern eine, in mindestens gleichem Maße, Zunahme des Gülleüberschusses durch die Schaffung neuer Mastplätze! Auch wird den kleinen Landwirten damit nicht aus der Klemme geholfen, sondern vor allem den Großmästern. Denn nur sie können sich industriemäßig vergrößern in Anbetracht des dahinter steckenden Kapitals. Die Folge ist, dass den kleinen noch mehr Konkurrenz erwächst!
5. Unser Grundwasser – und hier besonders im Kreis Borken – ist flächendeckend durch die Überdüngung soweit verseucht, dass hier eine reale gesundheitliche Gefährdung droht, wenn diese Situation noch nicht eingetreten ist. Dabei sind es mehrere Schadstoffe – allen voran Nitrat – die in vielen Fällen über den gesetzlichen Werten liegen.
6. Die Landwirtschaftspolitik in Deutschland aber auch in der EU wird von der christlich-konservativen Politik seit Jahrzehnten geprägt. Heute stehen wir hier vor Ort vor der Situation, dass eine massive Überproduktion, gemessen am Bedarf, vorhanden ist.
Da die Flächen hier bis zur letzten Furche ausgepowert sind, muss für neue Mastplätze das Futter aus anderen Regionen, teilweise sogar aus Übersee, hierher importiert werden, die Gülle in andere Regionen exportiert werden und das Fleisch teilweise über den halben Globus verfrachtet werden und dies auch noch hoch subventioniert.
7. Das Erstgenannte trifft allerdings – wenn es um die Gülle geht – bei Anlieferung in eine Biogasanlage nur bedingt zu. Per Definition ist das, was aus der Biogasanlage herauskommt, nicht Gülle, sondern Gärreste. Sie unterliegen daher nicht der Gülleverordnung, so dass damit die Schleusen für eine hemmungslose Ausbreitung besonders der Großmastanlagen geöffnet sind. Die Agrarlobbyisten versuchen mit aller Macht, diesen Status Quo beizubehalten und verhindern damit auch hier dringend notwendige Reformen.

Diese Politik muss schnellstmöglich geändert werden, wollen wir besonders hier vor Ort nicht noch weiteren Schaden für Landschaft, Umwelt und Erholung zulassen.
Wir Grüne setzten uns seit Jahr und Tag für eine familiengestützte mittelständische Landwirtschaft ein. Dafür müssen allerdings die Rahmenbedingungen teilweise deutlich geändert werden.

➔

Endlich geschafft!

Nach mehrmaliger Beantragung in den vergangenen Verkehrsschauen wurde der Pappeldyk und der Grenzweg endlich für den Durchgangsverkehr gesperrt. Es ist bereits eine deutliche Entspannung der dortigen Lage erkennbar.
Beide Straßen wurden besonders von Pendlern gerne als Abkürzung für die Fahrt von und nach den Niederlanden genutzt. Darunter waren etliche Raser, die teilweise mit geschätzten 100 km/h über den Pappeldyk bretterten. Da der Pappeldyk nur einspurig befahrbar ist und sich teilweise beidseitig Gräben befinden, ist es für Fahrradfahrer und Fußgänger eine lebensgefährliche Angelegenheit, an bestimmten Stellen zu sein, wenn von vorne oder hinten Raser ankamen. Dann blieb, so wurde uns von mehreren Nutzern berichtet, nur der Sprung in den Graben! Das ist hoffentlich Vergangenheit!

Fotovoltaik auf Gemeindedächer

Formalismus pur!

Wir hatten – zum wiederholten Mal – den Antrag gestellt, doch die Dächer der Gemeinde mit Fotovoltaik zu bestücken. Das würde der Gemeinde über 20 Jahre Geld in die Kasse spülen. Den Antrag hatten wir direkt vor den letzten Sommerferien als Dringlichkeitsantrag formuliert, um ihn noch in die Tagesordnung der Ratssitzung zu bekommen. Hintergrund war die Überlegung, dass die Einspeisevergütung ursprünglich von der Bundesregierung zum 1.7. d.J. bereits deutlich reduziert werden sollte. Das hat man dann nicht getan, da das gesetzte Ziel einer bestimmten Menge von neuen Anlagen im ersten Jahr deutlich verfehlt hatte. Gleichwohl will man Ende dieses Jahres die Einspeisevergütung neu regeln, das heißt reduzieren. Damit nun diese Anlagen bis Ende des Jahres noch ans Netz hätten gehen können, und wir die nötigen Informationen erst kurzfristig erhalten haben, hatten wir diesen Dringlichkeitsantrag gestellt. Als es zur Abstimmung im Rat kam, ob denn der Antrag beraten werden sollte, hat – allen voran die CDU und UWG – der Rat den Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Wir können dies nur mit Kopfschütteln begleiten, denn es wäre von großem Vorteil für die Gemeinde, wenn die Anlagen auf den diversen Dächern per Ende des Jahres ans Netz gehen könnten. Da kann man mal sehen, wie groß die Bereitschaft ist, die Energiewende voranzutreiben. Da ist Formalismus gefragt, wo Pragmatismus angesagt wäre, und dies zum Wohle der nachhaltigen Verbesserung der Gemeindeinnahmen und der Umwelt!

Endlich hat der Gemeinderat unserem Antrag auf Ausschreibung der geeigneten Gemeindedächer für Fotovoltaik zugestimmt. Doch gleich kamen die Oberbedenkenträger der CDU jeder zu Wort und wollten bereits mit dieser Investition die Pleite der Gemeinde heraufbeschwören! Dabei rechnet sich diese Investition ohne Wenn und Aber! Die gleiche Partei hat keinerlei Skrupel, Prestigeobjekte in Millionenhöhe zu beschließen, wie Feuerwehrgerätehaus Oeding

und Turnhallenrenovierung mit hunderttausenden Mehrkosten als geplant. Diese Investitionen belasten den Haushalt der Gemeinde noch in zig-Jahren durch anfallende Betriebskosten aber auch durch die zu erwirtschaftenden Abschreibungen! Doch von diesen Kosten wollte diese Partei nichts wissen, als es um die Entscheidungen dafür ging!

Aufgrund der jüngsten Beratungen hoffen wir, dass es nicht zu spät ist für eine gute Rendite und damit der Entlastung der Gemeindekasse.

Einsame Spitze in Sachen Schulden:

Die jüngsten Zahlen des statistischen Landesamtes zeigen das ganze Dilemma unseres Ortes auf: Die Schulden, die wir durch diverse Prestigeobjekte der CDU mittlerweile angehäuft haben, sind so hoch, dass unsere Gemeinde einsam an der Spitze der vergleichbaren Kommunen im Kreis Borken steht. Das nächste Projekt wird ja seit Jahren vorangetrieben. Unsere Gemeinde wird – wenn es um die begleitenden Maßnahmen der geplanten Umgehung Oedings geht – unweigerlich in den Ruin getrieben, werden diese realisiert. Es geht dabei um geschätzte 2.000.000,-- Euro, die dann aufzuwenden sind. Werden diese von den Gutachtern aufgezeigten Maßnahmen nicht ergriffen, droht dieser Umgehung eine Entlastung deutlich unter 50% des Verkehrsaufkommens. Damit ist dieses Prestigeobjekt ein Vorhaben, das zu einem Stillstand in der Gemeindeentwicklung über mindestens 10 Jahre führen wird. Auf unsere drängende Frage, wer denn diese immensen Kosten finanzieren wird, haben wir bis

➔

heute noch keine Antwort erhalten. Herr K. von der CDU fragt in regelmäßigen Abständen nach dem Stand der Planung für die Umgehung, die Beantwortung nach der Finanzierbarkeit – Schweigen im Walde!!!
Unsere Kommune hatte laut o.a. Quelle einen Schuldenstand per Ende 2010 in Höhe von 14.419.000,00 Euro! Das bedeutet eine Schuldenlast je Einwohner in Höhe von fast 1.600 Euro!

Die Kompetenz der Bürger/innen ist gefragt

Der Bürgerhaushalt soll zum Jahr 2013 kommen. Damit es dazu kommt, beantragten wir die Erstellung eines Konzeptes zur Einführung des Bürgerhaushaltes.

Dieses Konzept soll im 1. Quartal 2012 besprochen und beschlossen werden. Der Bürgerhaushalt hat aus unserer Sicht mehrere Vorteile. Jeder Bürger kann seine Sparvorschläge und Anregungen einbringen. Die Verwaltung wird sich mit den Anregungen beschäftigen und die Sinnvollen Vorschläge in die Haushaltsberatungen einbringen. Der Rat bzw. Haupt- und Finanzausschuss wird sie dann ebenfalls beraten. Die Haushaltsberatungen werden dadurch bereichert. Eine höhere Transparenz wird ebenfalls erreicht. Eine mögliche Politikverdrossenheit wird abgebaut. Auch wird es eine Rückmeldung geben, ob ein Vorschlag umgesetzt oder nicht umgesetzt wird.

Feuerwehrgerätehaus Oeding

Abgesehen davon, dass das Gerätehaus deutlich teurer geworden ist, als vorher dargestellt, hat nun auch Oeding ein neues Feuerwehrgerätehaus. Wir hatten allerdings dazu eine eigene Meinung, nämlich dass man das alte Gerätehaus hätte sanieren sollen, was erheblich günstiger gekommen wäre, als das jetzt der Fall ist. Doch das war ja alles nicht gewollt. Hausmeisterhaus, DRK-Garagen, Gemeindebauhof und selbst Bäume werden einfach

beseitigt, und dies mit der Behauptung, dass waren Peanutswerte, die da vernichtet wurden. Da wird eine vernünftige Verkehrsplanung einfach über den Haufen geworfen, ein Schützenfestplatz verplatziert mit der Maßgabe, dass jetzt die Kirmes nur noch einseitig bis an die Schützenfesthalle heranreicht, da wird die Vogelstange einfach geschleift, ohne dass man eine alternative Lösung einvernehmlich mit dem Schützenverein geregelt hat. Da wird der Kirmesplatz wesentlich verkleinert und man stellt plötzlich fest, dass man Platz braucht, den man dann durch das Fällen von Eichen am Gemeindeplatz – ohne den Rat vorher einzubeziehen – schafft. All das hat etwas mit Chaos, unüberlegter Handlungsweise und nichts mit weitsichtiger, vernünftiger Planung zu tun.

Doch nun wollen wir uns alle freuen, dass wir ein schönes Feuerwehrgerätehaus haben, wobei wir dann geflissentlich all die Schulden und die Folgekosten über Jahrzehnte dabei einfach vergessen.....?

Regionalplan was ist das?

Alle 10 bis 15 Jahre geht die Bezirksregierung hin, und entwickelt den Regionalplan neu. Darin werden die verkehrliche Infrastruktur, die städtebauliche, die gewerbliche und die landschaftliche Entwicklung als Rahmen festgelegt. Dabei werden verschiedene Faktoren, wie die Entwicklung der Bürger nach Anzahl, Alter und Geschlecht, die wirtschaftliche Entwicklung, der Ressourcenverbrauch sowie diverse andere Einflussfaktoren in die Überlegungen einbezogen.
Für Südlohn und Oeding wurde ein Plan vorgelegt, den wir kritisch unter die Lupe genommen haben. Wir haben uns dann entschlossen, eigene Anregungen zu entwickeln und der Bezirksregierung mitzuteilen. Wir haben z.B. moniert, dass das Gebiet südwestlich des Pappeldyks in Oeding als Gebiet für den Schutz der Natur ausgewiesen ist. Das bedeutet für die dort vorhandenen landwirtschaftlichen Anwesen gravierende Einschränkungen sogar der jetzigen Bewirtschaftung. Nun kämpfen diese dort bereits ums Überleben auch deshalb, weil die Gemeinde die Wohnbauentwicklung dort in deren Richtung vorangetrieben hat, ohne sie vorher zu fragen geschweige denn, sie in die Planung einzubeziehen. Es gibt u.E. an anderen Stellen in unserer Gemeinde weitaus weniger konfliktträchtige Flächen, wo man diese Gebiete ausweisen hätte können. Ferner haben wir die Ausweisung einer Fläche für den Wohnbau im Bereich des Grenzweges als städtebaulich nicht sinnvoll gesehen, denn dadurch erfährt dieser Ortsteil keine in sich abgerundete Entwicklung des Wohnbaus einschließlich der dazugehörigen Strukturen.
Dafür hat man aus uns unersichtlichen Gründen ein Wohngebiet aus der Regionalplanung herausgenommen, welches wesentlich besser eine abgerundete Wohnbebauung ermöglicht hätte. Dies ist umso unverständlicher, als das städtebauliche Gesamtkonzept damit mittlerweile zum x-mal geändert wurde. Das zeigt die ganze Konzeptionslosigkeit, mit

➔

Südlohn Grün

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

der die Entwicklung der Gemeinde gerade im städtebaulichen Bereich betrieben wird. Interessierte an dem Stand der Entwicklung des neuen Regionalplanes können nachfolgende Internetadresse anwählen.

http://www.brms.nrw.de/startseite/abteilungen/abteilung3/Dez_32_Regionalentwicklung/Fortschreibung_Regionalplan_MSL/index.html

Die Windenergie in Südlohn und Oeding

ist ein Stiefkind der CDU! Ob das auch so bleibt gilt es abzuwarten. Nachdem das Land NRW einen neuen Windenergieerlass beschlossen hat, und höchstrichterliche Urteile eine reine Verhinderungsplanung als rechtswidrig erklärt hat, soll nun auch in unserem Ort

eine neue flächendeckende Planung der Windenergiezonen erfolgen. Wir Grüne hatten bereits die in 2003 beschlossenen Windenergiezonen als reine Verhinderungsplanung der CDU klar verurteilt. Man hat dabei weitere Windkraftzonen verhindert und die Höhe der Anlagen mit 100 m eigenmächtig festgelegt. Die der Gemeinde dadurch entstandenen Einnahmeverluste an Gewerbesteuer gehen in die Hunderttausende! Das ist an sich schon ein Skandal in Anbetracht der klammen Kasse unserer Gemeinde. Man muss wissen, dass der Kämmerer noch im letzten Jahr vor einer drohenden Pleite – sprich Gang in die Haushaltssicherung – in den nächsten 3 Jahren angekündigt hat, wenn es ein „weiter so" gibt. Da war noch nicht von einer Kürzung der Landeszuweisungen die Rede! Wenn man dann noch die klimaschonenden Aspekte im Zusammenhang mit der Wahrung der Schöpfung sieht, fehlen einem jegliche Worte.....

Kontakt:
Südlohn:
Rickers, An't Kruse Bömken 3
Tel.: 02862/97097
Oeding:
van de Sand, Burloer Str. 13
Tel.: 02862/580065
Fraktionsvorsitzender:
Josef Schleif, Hinterm Busch 18
Tel.: 02862/6519

Zu guter Letzt

Burloer West – die X-te

Zu guter Letzt noch einige Worte zum Thema Burloer Straße West: Sollte dieses Baugebiet demnächst endlich bebaubar sein, werden die Lasten in erster Linie bei den betroffenen Landwirten hängen bleiben, die keine andere Wahl haben, als dem Diktat der Behörden zu folgen. Inwieweit das mit Fairness zu tun hat, steht auf einem anderen Blatt, zumal die Gemeinde dieses Baugebiet in Richtung Landwirtschaft vorangetrieben hat, ohne auch nur ansatzweise die Immissionsprobleme vorher gemeinsam mit den Landwirten zu lösen. Wir sind uns sicher, dass durch dieses Vorgehen der Gemeinde die historische Höfestruktur im Süden Oedings verschwinden wird! Eine solche Politik haben wir und können wir Grüne nicht mittragen. Das ist Politik mit der Brechstange ohne Rücksicht auf die betroffenen Familien und dort lebenden Menschen!

Mehr Informationen:
www.gruene-suedlohn.de

Die Grüne Fraktion Südlohn und Oeding
Wünscht allen Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Jahr 2012

V. i. S. d. P.: Franz – Josef Rickers, An't Kruse Bömken 3, 46354 Südlohn **Druck:** Eigendruck